

**Zweite Sitzung – Deuxième séance**

Mittwoch, 28. April 1993, Vormittag  
 Mercredi 28 avril 1993, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Piller

93.113

**Folgeprogramm  
 nach der Ablehnung  
 des EWR-Abkommens  
 (Swisslex)  
 Arbeitsgesetz. Aenderung  
 Programme consécutif  
 au rejet de l'Accord EEE  
 (Swisslex)  
 Loi sur le travail. Modification**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 24. Februar 1993 (BBI I 805)  
 Message et projet de loi du 24 février 1993 (FF I 757)

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

**Gemperli**, Berichterstatter: Es geht im Arbeitsgesetz darum, dass die Massnahmen bezüglich des Schutzes der Gesundheit auch auf die öffentliche Verwaltung ausgedehnt werden, insbesondere auf die Bundesverwaltung. Die Kantone sind nicht einbezogen, sie sind aber ihrerseits verpflichtet, im Rahmen ihrer Gesetzgebung diese Ausdehnung auch zu machen. In diesem Sinne hat die Kommission ohne Gegenstimme Eintreten beschlossen und beantragt Ihnen Zustimmung.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Gesamtberatung – Traitement global

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Titre et préambule, ch. I, II

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

35 Stimmen  
 (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.3095

**Interpellation Bloetzer  
 Massnahmen zugunsten  
 der Berglandwirtschaft  
 Mesures en faveur  
 de l'agriculture de montagne**

*Wortlaut der Interpellation vom 10. März 1993*

Anlässlich der Beratungen zum 7. Landwirtschaftsbericht und zur Revision des Landwirtschaftsgesetzes hat sowohl der Bundesrat wie auch das Parlament den Willen bekundet, im Rahmen der neuen Landwirtschaftspolitik mit zweckmässigen Massnahmen zur Förderung der Berglandwirtschaft die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Agrarflächen und die Erhaltung der Landwirtschaft im Berggebiet sicherzustellen. Eine lebensfähige Bauernschaft ist Voraussetzung für die Gewährleistung der ländlichen Besiedlung und für die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft in den Randregionen und im Berggebiet. Es braucht dazu nicht nur die bäuerliche Familie, sondern insbesondere auch den Nebenerwerbsbauern; ohne diesen ist es nicht möglich, das gesetzte Ziel zu erreichen.

Ich lade deshalb den Bundesrat ein, Auskunft zu geben, ob er bereit ist, im Rahmen der Verordnungen über die Direktzahlungen gemäss Artikel 31a und Artikel 31b LwG:

1. den Rückstand beim Einkommen des Bergbauern gegenüber dem Flachlandbauern wettzumachen und auf den Ausgleich der Einkommensgefälle zwischen Berggebiet und Talgebiet ein Schwergewicht zu legen;
2. die Mindestfläche für unterstützenswerte Landwirtschaftsbetriebe von 10 Hektaren auf mindestens 8 Hektaren zu senken;
3. die Betriebe in den Bergzonen I bis IV mit einem Zusatzbeitrag für Tierhalter zu stützen;
4. die Mindestzahl der Grossviehdüngereinheiten von 5 auf 3 zu senken.

*Texte de l'interpellation du 10 mars 1993*

Au cours des délibérations concernant la révision de la loi sur l'agriculture et le 7e rapport relatif à ce domaine, le Conseil fédéral aussi bien que le Parlement ont déclaré vouloir, dans le cadre de la nouvelle politique agricole, assurer par des mesures d'encouragement en faveur de l'agriculture de montagne l'exploitation agricole des terrains réservés à cet effet et le maintien de l'agriculture dans les régions de montagne.

Il est indispensable d'avoir une paysannerie viable pour assurer le peuplement des régions agricoles, ainsi que l'entretien et le maintien de notre paysage rural dans les régions périphériques et celles de montagne. A cet effet, on doit pouvoir compter non seulement sur les familles des paysans, mais aussi sur ceux pour lesquels l'agriculture est une activité secondaire; sans ces derniers, il ne sera pas possible d'atteindre les objectifs fixés.

C'est pourquoi j'invite le Conseil fédéral à dire s'il est prêt, dans le cadre des ordonnances sur les paiements directs et conformément aux articles 31a et 31b de la loi sur l'agriculture:

1. à faire en sorte que les revenus des paysans de montagne soient augmentés de façon à être comparables à ceux des paysans des plaines et à mettre l'accent sur la nécessité de combler le fossé entre les revenus des régions de montagne et ceux des plaines;
2. à abaisser à 8 hectares la superficie minimum, actuellement de 10 hectares, des exploitations agricoles auxquelles il convient d'accorder une aide;
3. à accorder un soutien aux exploitations des zones de montagne I à IV par le versement d'une subvention complémentaire aux détenteurs d'animaux;
4. à abaisser à 3 le nombre minimal, actuellement de 5, des unités des gros bétail-fumure.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Cavely, Cottier, Danioth, Delalay, Frick, Gadiant, Kuchler, Rhyner, Roth, Salvioni, Schallberger, Schmid Carlo, Seiler Bernhard, Ziegler Oswald  
(14)

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

vom 26. April 1993

*Rapport écrit du Conseil fédéral  
du 26 avril 1993*

1. Es ist die Politik des Bundesrates, die Berglandwirtschaft mittels spezifischer Massnahmen zu unterstützen. Bereits die bestehenden Instrumente und insbesondere die Kosten- und Bewirtschaftungsbeiträge zielen in diese Richtung. Sie sollen auch in Zukunft für die Abgeltung der Nachteile des Berggebietes eingesetzt werden.

Im Sinne des Interpellanten bekundet der Bundesrat mit der Staffelung der Betriebsbeiträge gemäss Artikel 31a LWG seine Absicht, über die neuen ergänzenden Direktzahlungen ein Zusätzliches in dieser Hinsicht zu tun. In der Ackerbauzone und in der erweiterten Uebergangszone werden 1000 Franken, in der Uebergangszone und der voralpinen Hügelzone 1500 Franken und in den Bergzonen gar 2000 Franken Grundbeitrag je Betrieb bezahlt.

Darüber hinaus zeigen Berechnungen, dass diese neuen Direktzahlungen in Verbindung mit Preisreduktionen zu einer beachtlichen Umverteilung zugunsten des Berggebietes führen. Dies ist so, weil mit den produktionsunabhängigen Flächenbeiträgen die Gebiete mit tieferer Intensität, wie das Berggebiet, gegenüber Gebieten mit höherer Intensität bessergestellt werden!

2. Die Mindestfläche für die Beitragsberechtigung beträgt 3 Hektaren, wobei je gesommerte GVE und Tag 0,3 Aren angerechnet werden. Der volle Betriebsbeitrag wird ab 9 Hektaren gewährt. Für Betriebe mit 3 bis 9 Hektaren anrechenbarer Nutzfläche werden nach folgender Abstufung Betriebsbeiträge bezahlt:

3,00–4 Hektaren: 40 Prozent;

4,01–6 Hektaren: 60 Prozent;

6,01–8 Hektaren: 80 Prozent;

8,01–9 Hektaren: 90 Prozent.

3. Unter dem Titel Betriebsbeitrag wird an alle Tierhalter ein Zusatzbeitrag von 2500 Franken ausgerichtet. Die Tierhaltungsbetriebe haben generell höhere Fixkosten und sind arbeitsmässig stärker gebunden, was die ausserbetrieblichen Erwerbsmöglichkeiten einschränkt. Diese Gegebenheiten beschränken sich nicht auf Tierhalterbetriebe der Bergzonen. Für Tierhalterbetriebe in den Bergzonen stehen, wie in Frage 1 erwähnt, die spezifischen Instrumente zur Verfügung.

Die Verordnung vom 14. März 1988 über Beiträge an Tierhalter war befristet und lief Ende 1992 aus. Um sicherzustellen, dass beim Uebergang von Tierhalterbeiträgen zu den ergänzenden Direktzahlungen nach Artikel 31a LWG keine Einkommenseinbussen entstehen können, wurde als Uebergangsbestimmung aufgenommen, dass während höchstens 5 Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung über ergänzende Direktzahlungen mindestens Direktzahlungen in der Höhe der 1992 ausbezahlten Tierhalterbeiträge mit einem Zuschlag von 10 Prozent ausbezahlt werden. Ohne diese Bestimmung würden in der Umstellungsphase kleinere Tierhaltungsbetriebe weniger Direktzahlungen erhalten als vor dem Systemwechsel.

4. Die Mindestzahl der Grossviehdüngerheiten wurde bei 5 Stück belassen, da keine falschen strukturpolitischen Ziele gesetzt werden sollen. Das Parlament hat sich mit der Genehmigung des 7. Landwirtschaftsberichts für zukunftsgerichtete Strukturen ausgesprochen. Ueberdies ist zu vermeiden, dass Hobbybetriebe (z. B. 3 Pferde) in den Genuss der ergänzenden Direktzahlungen kommen. Zudem bestehen für alle übrigen spezifischen Massnahmen im Berggebiet keine Mindestanforderungen bezüglich Tierbestand.

**Bloetzer:** Am 10. März 1993 habe ich gemeinsam mit 14 Mitunterzeichnern eine Interpellation eingereicht. Bevor ich deren Begründung kurz ergänze, möchte ich klar festhalten, dass es mit dieser Interpellation nicht darum geht, die Berg-

landwirtschaft gegen die übrige Landwirtschaft auszuspielen. Es sei an dieser Stelle erneut unterstrichen, welche eminent wichtige soziale, kulturelle und staatspolitische Bedeutung unserem Bauernstand als Ganzem zukommt. Unsere gesamte Bauernschaft ist Trägerin von Kultur und Tradition und damit von Werten, welche ein bedeutendes Element der Identität und der Einheit von Land und Volk darstellen. Gerade in Zeiten der Oeffnung und des Aufbruchs kommt der nationalen Identität und der Einheit – vor allem auch deren Trägern wie der Bauernschaft – eine besondere Bedeutung zu. Neben dieser allgemeingültigen Aussage kommt aber der Berglandwirtschaft eine besondere Bedeutung zu: Eine lebensfähige Bauernschaft ist Voraussetzung für die Gewährleistung der ländlichen Besiedlung, der Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft im Berggebiet. Es braucht hierzu nicht nur die bäuerliche Familie, sondern insbesondere auch den Nebenerwerbsbauern.

Es muss das Hauptziel der neuen Landwirtschaftspolitik sein, der Landwirtschaft im heutigen und vor allem im zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu verschaffen. Dabei müssen bestehende Mängel und Ungerechtigkeiten ausgemerzt werden; sie dürfen nicht noch zementiert und verfestigt werden.

Aus dem 7. Landwirtschaftsbericht geht klar hervor, dass das Einkommen der Bauern im Berggebiet hinter demjenigen der Bauern im Talgebiet zurückliegt. Das Ziel dieser Interpellation ist es, vom Bundesrat die Zusicherung zu erhalten, dass er bereit ist, ein Schwergewicht auf den Ausgleich des bäuerlichen Einkommensgefälles zwischen Berg- und Talgebiet zu legen. Die erste der vier in der Interpellation gestellten Fragen ist deshalb die Kernfrage; die übrigen drei Fragen stellen Teilaspekte dieser Hauptfrage dar.

Eine besondere Bedeutung kommt aber auch der Mindestzahl der Grossviehdüngerheiten zu. Bei fünf Grossviehdüngerheiten kommen viele Nebenerwerbsbauern nicht mehr in den Genuss des vorgesehenen Zusatzbeitrages. Die strukturpolitische Zielsetzung dieser Limite ist verständlich; es kann jedoch nicht darum gehen, dass für weite Teile der Nebenerwerbslandwirtschaft die Beitragsberechtigung reduziert und damit das eigentliche Ziel verfehlt wird.

Ich ersuche den Bundesrat aus diesem Grunde, seine landwirtschaftspolitischen Ziele im Sinne der Interpellation erneut zu bestätigen und diese Interpellation im positiven Sinne zu beantworten.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** La réponse à chacune des questions de M. Bloetzer doit être précédée d'une brève considération générale qui rejoint l'introduction du développement de son interpellation.

Cette considération générale consiste à remarquer que l'agriculture de montagne a, plus encore que l'agriculture de plaine, des composantes de son activité qui sont extranutritionnelles et qui concernent, en particulier, l'aménagement du territoire, la conservation des sols et des cours d'eau. Tout cela, naturellement, l'agriculture de plaine l'accomplit également, mais la part et la signification de ce que doit faire l'agriculture de montagne dans ces domaines sont encore plus marquées.

D'autre part, l'agriculture de montagne a une tâche de peuplement, une tâche économique et sociale qui est essentielle si l'on veut bien considérer que pour une part considérable des régions de montagne en Suisse, il n'y a d'activités économiques possibles que celles de l'agriculture et du tourisme. C'est dire que nous devons considérer l'agriculture de montagne comme présentant une palette de multifonctionnalités plus large que l'agriculture de plaine et, qu'à ce titre-là, elle mérite d'être honorée, d'être honorée en particulier par toute forme de paiements directs, proportionnellement plus élevés que dans l'agriculture de plaine. Et c'est bien la politique qui a été suivie.

S'il n'a pas été possible de parvenir à une égalité de rémunération entre la plaine et la montagne, la politique que nous avons à conduire doit y tendre et nous devons mettre en place demain, comme nous l'avons fait par le passé, des institutions performantes qui accordent à cette agriculture de montagne

les moyens nécessaires à l'accomplissement de ses activités utiles à l'ensemble du pays et en particulier utiles au peuplement de régions qui sans ces activités se trouveraient abandonnées et désertées. La politique née du 7e rapport sur l'agriculture, et dont le Conseil fédéral a formellement décidé dans sa séance d'avant-hier en finalisant les ordonnances d'application des deux nouveaux articles 31a et 31b de la loi sur l'agriculture, va exactement dans ce sens et elle signifie même un renforcement, proportionnellement, du soutien que le pays doit apporter à son agriculture de montagne.

J'y vois de plus près maintenant en répondant concrètement aux quatre questions de M. Bloetzer.

Première question: les mesures spécifiques destinées à appuyer l'agriculture de montagne faisant partie intégrante de la politique du Conseil fédéral. Il a été possible, et il doit être possible à l'avenir par le montant des contributions aux frais et à l'exploitation agricole du sol, de maintenir cet objectif capital pour notre pays. Compenser les désavantages de la région de montagne reste donc un objectif prioritaire. Le Conseil fédéral a échelonné les contributions à l'exploitation, au sens de l'article 31a tout d'abord, en manifestant sa volonté d'utiliser ces nouveaux paiements directs pour apporter un soutien supplémentaire aux paysans de montagne. Ainsi, la contribution de base s'élève à 1000 francs par exploitation en zone de grande culture et en zone intermédiaire élargie; elle s'élève à 1500 francs en zone intermédiaire et dans la zone préalpine des collines; et à 2000 francs dans les zones de montagne. Ces nouveaux paiements directs, combinés avec les réductions des prix, entraînent une redistribution qui favorise la région de montagne par rapport à la répartition actuelle. Si on arrive à ce résultat – dans un esprit que je qualifierais d'oecuménique, qui n'est pas au détriment de la plaine, car vous avez parfaitement raison, Monsieur Bloetzer, ça n'est pas un match entre la plaine et la montagne qu'il faut jouer – favorable à la région de montagne, c'est que les contributions à la surface, qui sont indépendantes de la production, avantagent les régions à faible intensité de production: c'est le cas des régions de montagne par rapport aux régions à plus forte intensité de production, comme c'est essentiellement le cas en plaine. Voilà, pour la première question.

La seconde question est celle de la surface minimale donnant droit à la contribution. Nous l'avons fixée à 3 hectares. Quant à l'unité de gros bétail en estivage – en vacances d'été –, elle équivalait formellement à 0,3 ares. La contribution à l'exploitation est entièrement versée à partir de 9 hectares, c'est bien vrai. Seulement, entre 3 et 9 hectares on a un échelonnement graduel qui me paraît, lui encore, être intéressant pour le type d'exploitation agricole que l'on rencontre en montagne, le voici: pour une surface comprise entre 3 et 4 hectares, c'est un montant de 40 pour cent du total maximum qui est alloué au producteur; à partir de 4 hectares et jusqu'à 6 hectares, 60 pour cent; entre 6 et 8 hectares, 80 pour cent; entre 8 et 9 hectares, 90 pour cent; et au-delà, c'est la somme maximale. A la troisième question, je puis répondre qu'il sera alloué une contribution complémentaire de 2500 francs à tous les détenteurs de bétail, au titre de contribution à l'exploitation. Les exploitants qui détiennent des animaux ont en général des frais fixes fort élevés et doivent fournir un important volume de travail. Ils ont donc des possibilités limitées d'exercer, en dehors de leur activité strictement agricole, une autre activité lucrative et cette situation, qui n'est pas seulement réservée aux détenteurs d'animaux en région de montagne, mais dans l'ensemble, doit être prise en compte dans les barèmes distributeurs. Or, comme je viens de le dire à propos de la première question de M. Bloetzer, les détenteurs d'animaux qui sont établis en région de montagne ont droit à des mesures spécifiques. L'ordonnance de 1988, instituant des contributions aux détenteurs d'animaux, avait une durée d'application limitée. Elle est arrivée à échéance à la fin de l'année précédente. Pour éviter que les exploitants ne subissent des pertes de revenu lors du passage du régime des contributions aux détenteurs d'animaux au régime des paiements directs complémentaires selon l'article 31a, donc la phase où nous nous trouvons maintenant, une disposition transitoire d'une durée maximale de 5 ans a été édictée suivant l'entrée en vigueur de l'ordonnance

sur les paiements directs complémentaires, c'est-à-dire 5 ans à partir du 1er janvier 1993 puisque les deux ordonnances que le Conseil fédéral a prises avant-hier ont effet au 1er janvier. Eh bien, pendant ces 5 ans, on versera au moins des paiements directs équivalant à la contribution allouée en 1992 aux détenteurs d'animaux, majorée de 10 pour cent. Car si on n'avait pas pris cette mesure, il est bien clair que les petits exploitants auraient reçu des paiements directs d'une valeur inférieure lors du changement de régime et rien ne justifiait cela. Nous devons sans doute vouloir tendre à la modification des structures de l'agriculture, c'est cela le but que nous voulons atteindre à long terme, mais il serait inconcevable de réaliser cela d'une manière brutale, dans des délais trop courts. Il était donc indispensable de ménager un temps de transition, de prendre des mesures transitoires qui permettent de tenir le coup et qui n'exposent pas les petites exploitations – c'est essentiellement de celles-ci dont je veux parler – de la zone de montagne à une cassure brutale qui aurait créé des problèmes économiques impossibles.

J'en viens à la quatrième question, et c'est peut-être la réponse à cette question qui sera un peu moins satisfaisante pour M. Bloetzer. Car en effet, afin de fixer des objectifs appropriés du point de vue de la politique des structures, on a dû passer au nombre minimal de 5 unités de gros bétail, ce qui permet d'éviter d'avoir à entretenir des institutions agricoles et des structures qui ne sont pas porteuses d'avenir. A plusieurs reprises dans le 7e rapport sur l'agriculture, nous avons fixé cet objectif d'encourager, de maintenir, d'encadrer des entreprises paysannes qui soient véritablement équipées pour l'avenir et nous en sommes venus à traduire ce principe comme devant signifier que 5 unités de gros bétail constituait le seuil de nos prestations. Il importe d'éviter que les exploitations gérées à titre de loisir, comme par exemple trois chevaux, bénéficient de paiements directs complémentaires. C'est dans cet esprit que nous avons fixé ce seuil minimum, observant, par ailleurs, que les autres mesures favorables à l'agriculture de montagne ne sont pas munies d'exigences de seuils et de normes minimales en ce qui concerne l'effectif de bétail et que, par conséquent, elles jouent quelles que soient la dimension et l'occupation du domaine. Ici, s'agissant de ces nouveaux paiements directs, il convenait de leur donner cette limite, et cette limite de 5 unités de gros bétail nous paraît la cote bien taillée.

Voici ce que je pouvais répondre à l'interpellation de M. Bloetzer. Il a été évidemment indispensable que je mette au point cette réponse après les décisions de détail qui ont été prises par le Conseil fédéral lundi. Ce travail a été opéré hier.

**Bloetzer:** Herr Bundesrat, ich danke Ihnen für Ihre sehr detaillierte und alles in allem positive Antwort. Es freut mich insbesondere zu hören, dass der Bundesrat mit seiner Verordnung nun klare Bedingungen geschaffen hat, damit eine Umverteilung zugunsten des Berggebietes vorgenommen werden kann und die Voraussetzungen gegeben sind, um das erwähnte Einkommensgefälle zwischen Berg- und Talbauern etwas auszugleichen. In diesem Sinne bin ich von der Antwort befriedigt.

Ich muss aber klar sagen, dass ich bezüglich Punkt 4 von der Antwort nicht befriedigt bin. Ich bin der Auffassung, dass es dabei nicht um Hobbybauern geht, die drei oder fünf Pferde haben, sondern es geht um unsere Kleinviehhalter, die Nebenerwerbsbauern, die im Sinne der landwirtschaftspolitischen Ziele eine wichtige Aufgabe übernehmen.

Ich ersuche den Bundesrat, mittels Erhebungen die Bedeutung der Nebenerwerbsbauern mit weniger als 25 Schafen zu überprüfen. Im weiteren ersuche ich den Bundesrat, durch fortlaufende Evaluationen zu überprüfen, ob sich die Berechnungen, die anhand von Musterbetrieben gemacht wurden, in Tat und Wahrheit auch bestätigen.

**Präsident:** Der Interpellant erklärt sich in den Punkten 1 bis 3 befriedigt und in Punkt 4 nicht befriedigt.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: Je veux donner une réponse à propos de la quatrième question. Je peux vous dire

que j'ai moi-même longuement discuté cet aspect avec les responsables de l'Office fédéral de l'agriculture, car il n'était pas aisé de fixer une limite; comme nous le savons bien, c'est toujours un peu arbitraire à un moment donné.

Je peux donc prendre l'engagement que nous allons observer d'une manière extrêmement attentive, dans les zones proches des frontières, les limites de part et d'autre et comment les choses se déroulent dans la réalité. L'instrument ordonnance est tout de même un instrument souple. Il est en main du Conseil fédéral qui peut le changer à tout moment, et s'il n'est pas opportun d'avoir des barèmes qui changent constamment sans doute, un minimum de continuité est en effet nécessaire. Je n'exclus nullement qu'à l'observation des premiers mois d'application de cette disposition jusqu'à la fin de cette année nous puissions apporter l'année prochaine sur ce point et éventuellement sur d'autres des modifications et des adaptations. J'examinerai ça d'une manière très attentive et nous tiendrons au courant le Parlement. C'est quand même une décision du Conseil fédéral. Je pense qu'elle a, pour la politique agricole en général que nous avons à conduire ensemble, une certaine signification. Voilà la mise au point et la réponse complémentaire que je voulais donner.

92.012

## **Strassenbenützungsabgaben. Verlängerung und Neugestaltung Redevances sur l'utilisation des routes. Prorogation et refonte**

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 27. Januar 1992 (BBI II 729)  
Message et projets d'arrêtés du 27 janvier 1992 (FF II 725)

Beschluss des Nationalrates vom 17. März 1993  
Décision du Conseil national du 17 mars 1993

**Küchler**, Berichterstatter: Obwohl wir es beim heutigen Geschäft über die Strassenbenützungsabgaben grundsätzlich mit drei verschiedenen, separaten Vorlagen zu tun haben, stehen diese doch in einem engen sachlichen Zusammenhang miteinander, weshalb es sich rechtfertigt, die Eintretensdebatte über die Beschlussentwürfe A, B und C gemeinsam zu führen.

Der Beschlussentwurf A möchte die Erhebung der bisherigen Schwerverkehrsabgabe verlängern; der Beschlussentwurf B will die bisherige Autobahnvignette weiterführen, und Beschlussentwurf C will die Verfassungsgrundlage für die spätere Einführung einer leistungs- oder verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe schaffen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, dass die Vorlagen nicht nur verkehrspolitischer, sondern ebensowohl finanzpolitischer Natur sind. Gerade in letzterem Zusammenhang mussten wir ja vor wenigen Tagen erfahren, dass sich die Staatsrechnung 1992 noch trister als erwartet präsentiert, schliesst sie doch mit einem Defizit von etwa 4 Milliarden Franken ab. Auch in den kommenden Jahren drohen uns weitere jährliche Defizite in Milliardenhöhe.

Als Parlament sind wir aufgerufen, jede sich bietende Gelegenheit wahrzunehmen, um dem Bund nicht nur seine bisherigen Einnahmenquellen zu garantieren, sondern diese wenn immer möglich sogar zu verbessern. Vor diesem finanzpolitischen Hintergrund sind also die heutigen drei Vorlagen über die Verkehrsabgaben zu betrachten.

Sodann haben neueste verkehrspolitische Veröffentlichungen ergeben, dass der Strassengüterverkehr – trotz Rezession – im Jahre 1991 neue Rekordwerte aufweist. Die Gütertransporte zwischen Nordeuropa und Italien beispielsweise sind auf den Rekordstand von rund 94 Millionen Tonnen angestiegen, wobei bemerkenswert ist, dass der in- und ausländische

Güterverkehr auf der Strasse sowie die eindeutig attraktiveren ausländischen Bahnen zulegen, während die Schweizer Bahnen deutlich an Terrain einbüssten.

Wollen wir aber die Konkurrenzfähigkeit unserer Bahnen gegenüber der Strasse verbessern und die Bewältigung dieses ständigen Mehrverkehrs nach unserer schweizerischen Façon ermöglichen, d. h. so, dass er von einem Alpenland wie der Schweiz überhaupt verkräftet werden kann, dann benötigen wir nicht nur die Weiterführung der rechtlichen Grundlagen für die Strassenbenützungsabgaben: Wir benötigen vielmehr die Weiterführung in einer korrigierten Fassung, die es uns gleichzeitig erlaubt, künftigen europäischen Entwicklungen rechtzeitig Rechnung zu tragen.

Daraus ersehen Sie, dass wir uns mit den heutigen Vorlagen an einer wichtigen, sehr heiklen und brisanten Schnittstelle von Finanz-, Verkehrs- und Europapolitik befinden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass im Erstrat bei der Diskussion die Emotionen hochgingen, dass ellenlange Diskussionen stattfanden und zahlreiche Abänderungsanträge eingebracht wurden. Dennoch folgte der Erstrat schliesslich in grossen Zügen dem Entwurf des Bundesrates.

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ihres Rates hat sich an ihrer zweitägigen Sitzung vom 25./26. März 1993 eingehend mit dem brisanten Thema befasst. Und auch sie stimmt den bundesrätlichen Vorlagen weitgehend zu.

Im Unterschied zu Bundesrat und Nationalrat ergänzte die Kommission jedoch den Beschlussentwurf A über die Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe mit einem Absatz, der künftig eine Anpassung der Gewichtskategorieneinteilung an allfällige SVG-Aenderungen erlaubt (Art. 20 Abs. 3bis [neu]). Ferner will die Kommissionsmehrheit die Laufzeit des Beschlussentwurfes A befristen (Abs. 8), und sie schafft schliesslich eine Differenz zum Nationalrat bezüglich der Teuerungsanpassung (Abs. 3). Auf all diese Anträge werden wir in der Detailberatung zurückkommen.

Nun kurz ein Wort zur kurzfristigen, speditiven Behandlung dieses Geschäftes. Die beiden ersten Vorlagen, die Beschlussentwürfe A und B, laufen bekanntlich aufgrund der seinerzeitigen Befristung Ende 1994 aus. Ohne neue Verfassungsgrundlage würden diese Abgaben anschliessend nicht mehr erhoben werden können. Dies kann sicher nicht die Absicht des Parlamentes sein. Deshalb drängt sich eine zügige, abschliessende parlamentarische Behandlung dieser Vorlagen auf, damit das Geschäft dem Volk rechtzeitig zur Abstimmung unterbreitet werden kann.

Gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen zu den beiden Beschlussentwürfen A und B. Bei der Einführung dieser beiden Beschlüsse auf den 1. Januar 1985 wurden die heute geltenden Verfassungsartikel über die Erhebung einer Schwerverkehrsabgabe bzw. einer Nationalstrassenabgabe befristet. Mit der Einführung dieser Abgaben betrat die Schweiz damals Neuland. Die Befristung sollte ermöglichen, nach einer Erfahrungszeit von zehn Jahren eine Standortbestimmung vorzunehmen. Dieser Zeitpunkt ist inzwischen gekommen.

Wir können feststellen, dass sich das Abgabesystem nach anfänglichen Schwierigkeiten eingespielt und grundsätzlich bewährt hat. Obwohl die Abgaben bei ihrer Einführung im In- und Ausland sehr umstritten waren, ist deren Akzeptanz heute zweifellos vorhanden. Wir alle erinnern uns noch gut daran, dass sich das Ausland damals gegen unsere Abgaben gesträubt und Retorsionsmassnahmen ergriffen hat. Heute hat sich das Klima in Europa zugunsten von Strassenbenützungsabgaben wesentlich verbessert. So wird heute auch in der EG über die Einführung von Strassenbenützungsabgaben diskutiert. Ein neuer Richtlinienentwurf der EG-Kommission vom September 1992 will im ganzen EG-Raum Benützungsgebühren zulassen. Erhoben werden sollen sie entweder in der Form von Autobahngebühren wie in Frankreich oder aber als Vignette wie in der Schweiz. Später soll ein harmonisiertes System angestrebt werden.

Auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat kürzlich beschlossen, zusätzlich zu einer Anhebung der Mineralölsteuer ab 1994 eine Autobahnvignette einzuführen, und zwar sowohl für Lastwagen als auch für Personenwagen.

## **Interpellation Bloetzer Massnahmen zugunsten der Berglandwirtschaft**

## **Interpellation Bloetzer Mesures en faveur de l'agriculture de montagne**

|                     |                                              |
|---------------------|----------------------------------------------|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1993                                         |
| Année               |                                              |
| Anno                |                                              |
| Band                | II                                           |
| Volume              |                                              |
| Volume              |                                              |
| Session             | Aprilsession                                 |
| Session             | Session d'avril                              |
| Sessione            | Sessione di aprile                           |
| Rat                 | Ständerat                                    |
| Conseil             | Conseil des Etats                            |
| Consiglio           | Consiglio degli Stati                        |
| Sitzung             | 02                                           |
| Séance              |                                              |
| Seduta              |                                              |
| Geschäftsnummer     | 93.3095                                      |
| Numéro d'objet      |                                              |
| Numero dell'oggetto |                                              |
| Datum               | 28.04.1993 - 08:00                           |
| Date                |                                              |
| Data                |                                              |
| Seite               | 258-261                                      |
| Page                |                                              |
| Pagina              |                                              |
| Ref. No             | 20 022 725                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.